

NRW-Schulministerin verteilt Lehrer um

Die Landesregierung reagiert auf den wachsenden Mangel an Pädagogen mit einem neuen Abordnungsmodell. Gymnasiallehrkräfte sollen einspringen, wo Stellen unbesetzt bleiben. Die Opposition spricht von Mangelverwaltung.

VON SINA ZEHRFELD

DÜSSELDORF Die Landesregierung hat ein neues Modell entwickelt, nach dem Gymnasiallehrkräfte Personallöcher an Grund- und weiterführenden Schulen wie Haupt- oder Realschulen stopfen sollen. Lehrer, die beispielsweise an einer Gesamtschule oder einem Gymnasium erst in Zukunft wirklich gebraucht werden, sollen dort schon vorzeitig angeheuert und dann für zwei Jahre an eine Schule mit Personalnot abgeordnet werden. „Jede Stelle, die auf diese Weise besetzt wird, trägt dazu bei, die Unterrichtssituation an schwerer zu versorgenden Schulen zu verbessern“, erklärte Bildungsministerin Dorothee Feller (CDU). Ab dem nächsten Schuljahr stehen dafür 300 Stellen zur Verfügung, ab Sommer 2027 werden es dauerhaft insgesamt 600 Stellen.

„Die Ausgangslage ist ja ein leerer Arbeitsmarkt, wo wir im Bereich der Grundschule, Sekundarstufe I und Förderschule zu wenige Lehrkräfte haben“, erklärte Thomas Frein, Gruppenleiter im Bildungsministerium,

das System am Mittwoch im Schulausschuss des Landtags. „Besser sieht das aus in den Lehrämtern der Sekundarstufe II“, also für Schulen mit einer Oberstufe. Diese Kapazitäten wolle man „nutzbar machen für die anderen Schulformen“.

Tatsächlich wird die Sache für diese Schulen aber gar kein Segen: Sie bekommen nicht etwa zusätzliche Verstärkung. Vielmehr soll die neue Regelung lediglich die größten Probleme mildern, die dadurch entstehen, dass sie in diesem Sommer umso mehr Kräfte an die Gymnasien abgeben müssen. Der Hintergrund: Die Gymnasien haben wegen der Umstellung auf die längere Schulzeit bis zum Abitur ab dem nächsten Schuljahr einen kompletten Jahrgang mehr. Sie brauchen also auf einen Schlag entsprechend mehr Pädagogen.

Über Jahre hatte das Land dafür nach und nach Lehrkräfte angeheuert. Diese arbeiteten auf sogenannten Vorgriffsstellen einstweilen an anderen Schulformen – und jetzt werden sie abgezogen. Die neue An-

schlusslösung kompensiert dies nur zum geringen Teil: Nach Angaben des Landes sind derzeit noch Gymnasiallehrer im Umfang von fast 1300 Vollzeit-Vorgriffsstellen an anderen Schulen unterwegs.

Die Reaktionen aus der Praxis fielen entsprechend gemischt aus. Unterm Strich wird die Lage immer schlech-

INFO

Tendenz beim Lehrermangel steigend

Lehrermangel Landesweit fehlen in Nordrhein-Westfalen derzeit über 8500 Lehrkräfte, Tendenz steigend, durch den Zuwachs an Schülern.

Nachwuchs 2025 haben nach Landesangaben mehr als 6900 Lehramtsanwärter ihren Vorbereitungsdienst angetreten, darunter rund 1600 für das Lehramt an Grundschulen, rund 1000 für Haupt-, Real- und Gesamtschulen, 820 für sonderpädagogische Förderung.

ter, vermutet Roswita Weber von der Schulleitungsvereinigung NRW, selbst Leiterin einer Realschule. „Wir haben Lehrermangel ohne Ende. Und damit werden neue Löcher in der Personaldecke jetzt nur zum Teil gestopft“, sagte sie. Die Entbehrungen hätten heute schon deutliche Auswirkungen. „Wir erleben, dass die Ausfallzeiten bei Krankheiten immer länger werden. Das liegt nicht daran, dass die Kollegen weniger engagiert wären, sondern daran, dass die Belastungen immer größer werden.“

Die Landeschefin des Philologenverbands, Sabine Mistler, gab zu bedenken, dass auch die Gymnasien keineswegs sorgenfrei seien. „Wichtig ist, dass die aktuellen Bedarfe, die nach den Sommerferien bestehen – auch an bestimmten Fachlehrern – dann auch gedeckt werden können“, mahnte sie.

Die politische Opposition kritisierte: Die Landesregierung versuche, den Lehrkräftemangel „mit immer neuen Steuerungsmodellen zu verwalten“, so die Bildungsexpertin der SPD-Fraktion, Dilek Engin. „Gerade

Schulen in besonders herausfordernden Lagen brauchen aber Verlässlichkeit und langfristige Unterstützung. Befristete Abordnungen für zwei Jahre können zwar kurzfristig helfen, lösen aber keine strukturellen Probleme.“ Die Vize-Chefin der FDP-Fraktion, Franziska Müller-Rech, witterte zudem Fehlsteuerungen: „Wird es in der neuen Systematik möglich sein, dass Sek-II-Lehrkräfte, die heute bereits an Grundschulen arbeiten, auf Wunsch dauerhaft dortbleiben können – oder müssen sich andere Lehrkräfte auf das ‚Experiment Grundschule‘ einlassen, während die eingearbeiteten Kräfte gegen ihren Willen zurückgeschickt werden?“ Diese Frage sei offen.

Technisch nutzt das Land für die Lehrkräfteverschiebung einen heute schon vorhandenen Pool von landesweit 4250 immer eingeplanten Lehrerstellen zur Verhinderung von Unterrichtsausfall, sogenannten UA-Stellen. Schulen mit Personalnot hätten praktisch immer unbesetzte, also für das neue Modell verwendbare UA-Stellen übrig, hieß es.